



Zwei Monate Ampel – reicht eigentlich schon

Auf allen Kanälen mal wieder Corona. Der Krankenstand ist so hoch wie nie. Und auch wenn Karl Lauterbach mehr von Medizin versteht als Jens Spahn, so sind die Maßnahmen der neuen Regierung ähnlich verworren wie die der alten.

Was monatelang als extrem wichtig galt – Kontaktnachverfolgungen und PCR-Tests – wird nun für die meisten Menschen einfach sein gelassen, weil die Kapazitäten nicht ausreichen. Stattdessen wird eine Impfpflicht im Gesundheitswesen eingeführt, die den Gesundheitsämtern die Aufgabe überhört, zu entscheiden, wer weiter arbeiten darf. Aber die haben schon gesagt, dass sie das mangels Personal nicht schaffen werden.

Höhere Löhne im Gesundheitswesen ...

Statt alles dafür zu tun, dass die „Impflücke“ gerade bei den gefährdeten älteren Menschen geschlossen wird, soll wieder mal das Pflegepersonal die Sache ausbaden. Was seit zwei Jahren klar ist – das Gesundheitssystem muss massiv „geboostert“ werden: Deutlich höhere Löhne, bessere Arbeitszeiten, mehr Personal in Pflegeeinrichtungen und Gesundheitsämtern! Dass seit Beginn der Pandemie da kaum etwas passiert ist, hat auch die alte Regierung zu verantworten, aber die „Ampel“ fällt nicht dadurch auf, dass sie hier viel tut.

Eine Maßnahme würde gegen die weltweite Pandemie auf jeden Fall helfen: die Freigabe der Impfpflicht! Im Wahlkampf war auch Habeck noch dafür. Nun, als Wirtschaftsminister und nach eingehenden Gesprächen mit der Pharmalobby, ist er dagegen. Angeblich ließe sich die Produktion von Impfstoffen gar nicht schnell steigern. Dem widersprechen aber viele kompetente Entwicklungshilfeorganisationen!

... und für alle anderen!

Das Problem der Arbeitszeiten und der Löhne, die zu niedrig sind um die Pflegeberufe attraktiv zu machen, betrifft auch alle anderen Arbeitenden. Für den Niedriglohnsektor hat Scholz 12 € Mindestlohn versprochen, die wohl im Oktober kommen sollen. Ganze 6,2 Millionen Arbeitende verdienen bislang weniger! Seit Jahresbeginn liegt der Mindestlohn bei 9,82 €. Und selbst diese Erhöhung würde nicht dazu führen, dass die Betroffenen vor Altersarmut geschützt sind. Trotzdem laufen die Unternehmen vorsorglich Sturm gegen diese „Einmischung“ der Politik: „Was der angemessene Lohn für Arbeit ist, darauf haben in unserer Wirtschaftsordnung bisher [...] die Sozialpartner

in tarifautonomen Vereinbarungen die Antwort gefunden“, sagt der Unternehmensverband BDA. Ja, dass die Unternehmen Löhne von 9,82 ebenso für „angemessen“ halten, wie Tarifabschlüsse, die weit hinter der Inflation zurückbleiben, braucht niemanden zu wundern. Was wir für angemessen halten, müssen wir ihnen immer wieder durch gemeinsame klare Aussagen und Streiks deutlich machen!

Um die Pille des Mindestlohns für die Unternehmen zu versüßen, soll die Grenze für Minijobs angehoben werden, so dass noch mehr Menschen in diese prekären Verhältnisse fallen und durch fehlende Sozialabgaben das Sozialsystem weiter unterhöhlt wird. Ganz genau wie durch die Subventionierung der Unternehmen durch die immer wieder verlängerten Kurzarbeitsregeln, von denen insbesondere Großkonzerne profitieren, die trotz (oder wegen?) Corona immer neue Gewinnrekorde vermelden.

Zündeln mit der Kriegsgefahr

Außenpolitisch hat sich Deutschland in der Ukraine-Krise etwas zurückhaltender verhalten als andere NATO-Staaten. So lehnt Außenministerin Baerbock bislang ab, tödliche Waffen an die Ukraine zu liefern. Das liegt aber nicht daran, dass die deutsche Regierung friedliebender wäre als andere, sondern dass sie vom russischen Gas abhängig ist, das durch Atom- und Kohleausstieg immer wichtiger wird – mehr als die Hälfte des in Deutschland verbrauchten Erdgases stammt aus Russland. Trotzdem macht auch Deutschland beim Muskelspiel der NATO gegenüber Russland mit und hat beispielsweise zusätzliche Bundeswehr-Soldaten nach Litauen an die russische Grenze entsendet. Und wenn der NATO-Staat Türkei die Ukraine-Krise ausnutzt, um neue Luftangriffe gegen die kurdischen Gebiete in Irak und Syrien zu fliegen, dann schaut die angeblich „wertebasierte“ Außenministerin einfach weg.

Sollte irgendwer die Hoffnung gehabt haben, mit einem SPD-Kanzler würde sich für die Arbeitenden etwas verbessern, wurde er oder sie schnell enttäuscht. Aber das mit der Verbesserung unserer Lebensbedingungen wollten wir doch eh nicht „der Ampel“ überlassen!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Größenwahn? Rausch?

Pofalla teilte kürzlich mit der Öffentlichkeit seine Pläne: dieses Jahr sollen 3,6 Milliarden in die Modernisierung der Infrastruktur investiert werden. Geplant sei die Erneuerung von insgesamt 1800 km Gleisen, 2000 Weichen, 140 Brücken und 800 Bahnhöfen. Dafür werde der Konzern "allein in diesem Jahr 4800 zusätzliche Ingenieure sowie Fachkräfte einstellen. Und noch viiiieel mehr. Lustig.

Nur, die neue Bundesregierung hat doch noch gar nicht Cannabis als frei verkäuflich freigegeben...

Wir haben die Wahl

SPD-Bundespräsident Steinmeier war letzstens bei der IG Metall und hat zu den Betriebsratswahlen aufgerufen, weil: ist gut für Demokratie und Mitbestimmung. Von „Demokratie“ reden solche Leute wie Steinmeier gerne viel, wenn die Realität genau das Gegenteil ist. Und was heißt „Mitbestimmung“? In den Betrieben geben Management und Controlling den Ton an. Das ist vor allem in der Metallbranche der Fall, wo die Milliarden gemacht werden, und Betriebsräte an der Seite der Personalchefs willkommen, sind, um die Umstrukturierungen mit umzusetzen. Das hat Steinmeier im Kopf, wenn er die Mitbestimmung in Deutschland lobt.

Was kann also ein Betriebsrat bringen? Und was soll rauskommen, wenn es noch dazu viele Listen gibt? Ob eine Liste oder viele Listen... das ist nicht entscheidend. Alles hängt davon ab, dass es Druck und Interesse in den Meldestellen, Werkstätten und Büros gibt, die Probleme aktiv in Angriff zu nehmen, auch gegen die Geschäftsführung. Wenn die Betriebsratswahlen Diskussionen bringen, wie wir zusammen – jenseits der Gewerkschaftsmitgliedschaften und Berufsgruppen - unsere Interessen hörbar machen können, dann bringt uns das voran. Ob wir unsere Interessen durchsetzen, hängt allein davon ab, was wir vor und nach den Wahlen auf die Beine stellen.

Gesundheit fürs ganze Jahr

Die S-Bahn-Leitung fürs Fahrpersonal hat kundgetan, dass sie eine „null-Toleranz-Politik“ bei der Vorlage von gefälschten Tests oder Impfungszertifikaten verfolgt.

Hat diese Strenge was mit dem Schutz unserer Gesundheit zu tun? Wenn es sonst um Gesundheitsschutz unsereiner geht, ist deren „Toleranz“ nämlich ganz schön hoch. Die Schichten, die Kälte, wenn man den ganzen Tag als mobile Aufsicht oder als Sicherheit in der Kälte rumsteht, die Sommerhitze... Alles schlecht für die Gesundheit. Da sind *wir* null tolerant. So hat jeder Prioritäten.

Ausbildung kommt von ausbilden

Auch bei DB Netz gibt es Probleme mit Ausbildung und Einstellungen. Wenn Personal von der einen Ecke in die andere verschoben wird, fehlen unterm Strich trotzdem Leute. Und wenn wie bei Netz Ost die Ausbildung der Fahrdienstleiter schlecht organisiert ist, dann fallen eben auch welche durch die Prüfungen. Letztes Jahr,

Winter 2021, haben nur rund 40% bestanden. Diesen Winter waren es zwar deutlich mehr, aber so mancher fühlt sich nicht gut vorbereitet. Dass die Bahn sich zu wenig eine Platte macht bzw gemacht hat, wie sie ihre Azubis während der Pandemie betreuen sollen, besonders obwohl technische Möglichkeiten zum eLearning vorhanden sind, schafft Problemen für alle.

Einschüchterungsversuche – es geht weiter

Die Erbsenzähler im DB-Vorstand wollen also dem Fairness-Plan der GDL an den Kragen. Sie ziehen vor die Gerichte, um feststellen zu lassen, dass GDL-Mitglieder in angeblichen „EVG-Betrieben“ keine Ansprüche mehr hätten (während es beim Sozialfond der EVG wie am Schnürchen läuft). Die DB plant langfristig, GDL-Mitglieder zu entmutigen. Dieses spalterische unmögliche Verhalten des Vorstands nervt. Wie war das nochmal letztes Jahr im September, als Seiler in die Kameras was von „Betriebsfrieden“ laberte? Schöne Art von „Frieden“.

Nachvollziehbar oder nebulös?

Die Monatsübersichten mit der Aufstellung für jeden Tag inklusive Zulagen gibt es bei der S-Bahn weiterhin nicht wieder. Und das, was es an Zusammenfassung gibt, kommt spät. Selbst wenn man für Dezember einen Fehler vermutet, kann man immer noch nicht das ganze nachprüfen. Für die Bahn wäre die Monatsübersicht nur ein kleiner Click, für uns eine große Bereicherung.

Maximal ist nicht Minimum

Bisher hatte sich die S-Bahn an die Grenze von maximal 251 Schichtantritten pro Jahr gehalten. In den neuen Plänen sind das mehr und mehr. Nachzählen lohnt! Wenn man nachfragt, kommt nur die patzige Antwort, dass der Tarifvertrag das maximal erlaubt und die Maschine rechnet halt so. Ja, und? MUSS ja nicht. Es ist keine Überraschung, dass viele Leute auf die gelben Zettel zurückgreifen.

Bezos schwimmt in Geld

Der Milliardär und Gründer von Amazon, Jeff Bezos, hat in Rotterdam in den Niederlanden einen shitstorm ausgelöst. Er hat sich dort auf einer Werft eine mega Luxusyacht bauen lassen mit einer Länge von 127 Metern für knapp 500 Millionen Euro. Der Dreimaster ist jedoch so hoch, dass er nicht unter der historischen Brücke Koningshavenbrug aufs Meer schippern kann. Einen anderen Weg gibt es nicht. Hätte er bei Amazon bestellt, wäre das vielleicht nicht passiert...

Bezos schlägt daher vor, die denkmalgeschützte Brücke, die aus dem Jahr 1878 stammt, teilweise abzubauen. Gegen Geld, natürlich. Die Bevölkerung von Rotterdam ist voll Wut und organisiert eine eigene Art von Taufe für die Jungfernfahrt... mit Eiern.

Der Bürgermeister eiert rum. Wenn er das zulässt, kommt Elon Musk auch gleich um die Ecke? Können sich die Superreichen, allein weil sie superreich sind, wirklich alles leisten? Wir werden sehen.